

# Front gegen Maulkorb für Abweichler

## Parteien: MdB müssen frei reden können

Von unserem Redaktionsmitglied  
Günther Kopp

Da gerät das Blut der Parlamentarier – der früheren und der heutigen – in Wallung: Einen „Maulkorb“ für solche Bundestagsabgeordneten, die von der Linie ihrer Fraktion abweichen, den dürfe es auf keinen Fall geben, sind sich die Volksvertreter einig. „So viel Freiheit muss ein Parlament aushalten“, sagt etwa die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl mit Blick auf die aktuelle Diskussion in Berlin. In den Fraktionen gebe es in aller Regel nicht nur eine Meinung, deshalb sollte man auch nicht den Eindruck vermitteln wollen, es sei so, findet die Karlsruher Grünen-Abgeordnete.

Der CDU-Abgeordnete Ingo Wellenreuther erinnert daran, dass er bei zwei großen Gesetzeswerken – der Gesundheitsreform und der Erbschaftssteuerreform – gegen seine Fraktion gestimmt habe. Er habe jeweils auf eine Erklärung im Plenum verzichtet, aber er ist sicher: Wenn er sie gewollt hätte, wäre sie gewährt worden. Und so soll es auch bleiben, fordert der CDU-Abgeordnete, der sich dagegen wehrt, dass die Rechte der Parlamentarier beeinträchtigt werden. Andererseits müsse man aber auch darauf achten, dass nicht nach einer Debatte wegen verschiedener Erklärungen einzelner Abgeordneter die Redezeitverteilung auf den Kopf gestellt werde. Im

Moment geht es nach Wellenreuthers Einschätzung vor allem um die Formulierung, der Bundestagspräsident solle Abweichler „nur noch im Benehmen mit den Fraktionen“ ans Rednerpult lassen. Was damit gemeint sei, müsse einvernehmlich geregelt werden, so der CDU-Parlamentarier. Im übrigen hätten Abgeordnete in Form von Zwischenfragen die Möglichkeit, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, keiner müsse stumm bleiben.

---

In den Fraktionen gibt  
es nicht nur eine Meinung

---

Karin Binder von den Linken fände es „sehr merkwürdig“, wenn Abweichler künftig nur noch mit Zustimmung ihrer Fraktionsspitze etwas sagen dürften. Gerade kleine Fraktionen mit wenig Redezeit hätten zuweilen Erklärungsbedarf, um den Wählern klar zu machen, um was es ihnen genau geht.

Gerlinde Hämmerle, von 1990 bis 1994 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, erinnert sich, dass niemand etwas dagegen gesagt habe, wurde eine abweichende Meinung vorgetragen. Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung hält die Diskussion für „kleinkariert“ und fände es „schädlich“ für das Parlament, wenn Leute mit abweichenden Meinungen schwerer an Redezeit kämen. Von einer „Entmachtung der Volksvertreter“ spricht Rita Fromm, die von 1980 bis 1983 für die FDP im Bundestag saß. Das Parlament würde den Ast absägen, auf dem es sitzt, warnt die Liberale.